

Frisst der Forschungserfolg die Finanzen des KIT?

Karlsruhes Elite-Einrichtung steht eine Sparrunde ins Haus / Personalrat fürchtet „schmerzhafte“ Einschnitte

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe. Hat sich die Elite-Universität finanziell übernommen? Wird am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) das Geld bedrohlich knapp? Hinter vorgehaltener Hand wird darüber eifrig spekuliert, sogar in Mitarbeiterkreisen machte schon das Wort drohender „Zahlungsunfähigkeit“ die Runde. Solche Szenarien verweist Horst Hippler, Präsident des KIT, fast schon belustigt ins Reich der maßlos übertriebenen Fantasien. „Wir sind eine staatliche Einrichtung – die kann überhaupt nicht Bankrott gehen“, bemerkt er süffisant zu solchen Gerüchten. Dass das liebe Geld ihm und anderen Führungskräften am KIT Kopfzerbrechen bereitet und dass aktuell nach Einsparmöglichkeiten gesucht wird, räumt er jedoch

Präsident Hippler: Rasantes Wachstum treibt Nebenkosten hoch

ein – wobei er derzeit noch keine Zahlen nennen will. Aus Hipplers Sicht sind die Geldsorgen schlicht die Kehrseite des Erfolgs: „Unser schnelles Wachstum bringt uns in Engpässe“, sagt Hippler. „Wir legen für Forschungsprojekte immer bei den Nebenkosten drauf.“

Und solche Forschungsaufträge ziehen die Karlsruher Wissenschaftler des KIT – das durch die Fusion von Universität und Forschungszentrum entstand – in immer größerer Zahl an Land. Hippler nennt einen Vergleich: „Im Jahr 2006 haben wir 84 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben, in diesem Jahr sind es 140 Millionen Euro.“ Diese Summen beziehen sich allein auf die Universitätssparte am KIT. Stolz registrierten Forscher und Politiker, dass die Karlsruher in jüngerer Zeit bundesweit Rang fünf bei der Einwerbung solcher Forschungsgelder einnahmen und in Baden-Württemberg gar Spitzenreiter waren. Knackpunkt ist jedoch: Je mehr Forschungsgelder (sogenannte „Drittmittel“) von Firmen und öffentlichen Auftraggebern fließen, desto höher klettern die Ausgaben für Personal, Räume, Geräte, Energie. „Wir haben allein im Universitätsbereich inzwischen Energiekosten von elf Millionen Euro im Jahr“, sagt der KIT-Präsident. „Wir haben seit 2006 über Drittmittel rund 900 neue Mitarbeiter eingestellt.“ Das Geld, das die Projektpartner für neue For-



ERFOLG IM LABOR, Pech in finanzieller Hinsicht: Die Forscher des KIT werben immer mehr Aufträge ein – doch die bescheren auch Zusatzausgaben. Ob allein hier das Problem liegt, ist umstritten. Foto: KIT

schungsaufträge überweisen, decke allerdings längst nicht all diese Nebenkosten ab. Es wird sozusagen vorausgesetzt, dass Mitarbeiterstäbe, Gebäude und Geräte ohnehin schon da seien. „Overhead“-Kosten nennt man in der Branche diese Folge- und Nebenkosten.

Vor der Gefahr, „dass Wissenschaftler sich zu Tode siegen“, warnt auch Minister Peter Frankenberg (CDU) seit Jahren. Warum die Forscher ihren Auftraggebern nicht einfach einen „Overhead“-Zuschlag in Rechnung stellen? Weil es meist gar nicht geht, betont Hippler. Mit Un-

ternehmen aus der freien Wirtschaft könne man durchaus verhandeln, doch viele Auftraggeber der Elite-Uni seien öffentliche Institutionen – und die dürften zum Teil kraft Vorschrift bisher gar keine oder niedrige Zuschläge bezahlen. Mit gutem Beispiel vorangegangen ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die neuerdings einen 20-prozentigen „Overhead“-Draufschlag überweist – dafür hatte sich auch Minister Frankenberg stark gemacht. „In manchen anderen Ländern sind Overhead-Quoten von 70 bis 80 Prozent üblich“, betont Hippler jedoch.

„Nicht von der Hand zu weisen“ sind Hipplers Klagen aus Sicht des KIT-Personalratsvorsitzenden Wolfgang Eppler. „Drittmittelprojekte sind leider nie kostendeckend“, bestätigt er – fügt jedoch hinzu: „Das ist nur ein Teilproblem.“ Eppler geht davon aus, dass die Sparzwänge für das Personal „auf jeden Fall schmerzhaft werden“. Besonders Mitarbeiter mit befristeten Verträgen verfolgen die Spardiskussion mit Sorge, bangen um ihren Job. Wobei Eppler betont, der Personalrat wolle „keinen Aufruhr verursachen“, sondern Auswege suchen. Das KIT-Präsidium habe „sozialverträgliche“ Lösungen zugesichert.

Für den neuen Sparzwang sieht Eppler „mehrere Ursachen“, dazu zähle auch die Fusion von Uni und Forschungszentrum zum KIT. „Wo es zu Zusammenlegungen kommt, entsteht zunächst ein Mehraufwand“, betont Eppler – die „Synergieeffekte“ hätten sich noch nicht eingestellt. Und Exzellenzgelder für die Elite-Uni und der Name KIT allein bescherten eben auch keinen sorglosen Dauergeldregen. „Wir hatten vom Vorzeigeprojekt KIT eher erwartet, dass es aufwärts und nicht abwärts geht“, sagt der Personalratschef. Zugleich gibt er sich zweckoptimistisch: Er „hoffe zumindest mal“, dass es sich um eine „Übergangsphase“ handle.

Stober pocht auf Liste mit KIT-Partnerfirmen

Karlsruhe (ew). Die Forschungsaufträge des Karlsruher Institut für Technologie (KIT) beschäftigen die Landespolitik auch unter anderen Aspekten: Der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober kritisiert die Landesregierung, weil sie ihm Auskünfte

darüber verweigert, welche Unternehmen Forschungsgelder an das KIT überweisen.

Stober kündigte an, er werde weiter auf sein Auskunftsrecht pochen. „Absolute Transparenz“ sei nötig – „damit jeder Eindruck irgendwelcher Abhängigkeiten gar nicht erst entstehen kann“.

Hintergrund von Stobers Anfrage waren Spekulationen über enge Verbindungen des KIT mit der Atombranche.